

Bildungspaket geht direkt ans Kind

Schwerin sucht nach unbürokratischer Lösung anhand eines Lübecker Stiftungsmodells / Bund gibt 52,50 Euro pro Monat an Heranwachsende

SCHWERIN Die Landeshauptstadt will das Bildungspaket aus Berlin so direkt wie möglich ans Kind weitergeben – ohne Umweg über das Jobcenter. Tritt das Gesetz in Kraft, kann jeder Heranwachsende aus einkommensschwachen Familien bis zu einem Alter von 18 Jahren mit monatlich 52,50 Euro gefördert werden. Das gilt rückwirkend zum 1. Januar 2011. In Schwerin könnten etwa 7000 Kinder unterstützt werden.

„Wir hoffen, dass das Gesetz von April an wirksam wird“, sagt Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD). Nach der Novelle sollen Kinder unterstützt werden, deren Eltern Hartz IV, Wohngeld, Leistungen zum Lebensunterhalt oder Kinderzuschlag beziehen. Der Bund will die Heranwachsenden mit mehr als 600 Euro pro Jahr fördern.

Das Paket hält pro Kind jährlich 120 Euro Freizeitförderung beispielsweise für Vereinsmitgliedschaften und 30 Euro Zuschuss für Klassenfahrten oder Tagesausflüge bereit. Dazu kommen zwei Euro pro Mittagessen, wenn die Eltern einen Euro zahlen, und Lernförderung bei Versetzungsgefahr des Schülers. Die Landesregierung MV erarbeitet zurzeit gemeinsam mit den Kommunen ein so genanntes Ausführungsgesetz. Das Ziel: Das Geld aus Berlin soll Schwesig zufolge direkt an die Kommunen fließen. „Die Entscheidung zur Förderung soll so nah wie möglich an den Kindern erfolgen“, sagt die Politikerin.

Mehr als 600 Euro pro Kind und Jahr

Schwerin versucht das umzusetzen. Nach Vorstellung von Sozialdezernent Dieter Niesen (SPD), sollen Erzieher in Kindertagesstätten und Hort sowie Lehrer in Schulen direkt das Geld aus



Jan Lindenau Vorsitzender des Lübecker Jugendhilfeausschusses

„Lübeck ist nicht auf Geld gebettet. Für die Stadt entstehen kaum zusätzlichen Verwaltungskosten.“



Peter Metzler Leiter der Schweriner Astrid-Lindgren-Schule

„62 Prozent unserer Schüler kommen aus Hartz-IV-Familien. So können wir sie besser unterstützen.“

dem Bildungspaket für bedürftige Kinder freigeben können. Das fließt dann ohne Umweg über die Eltern direkt an Verein oder Musikschule.

In Lübeck macht ein stiftungsfinanzierter Bildungsfonds Jan Lindenau (SPD), Leiter des Lübecker Jugendausschusses, zufolge seit zwei Jahren gute Erfahrungen mit diesen Mechanismen. Die will Sozialdezernent Niesen nach eigenen Angaben auf Schwerin übertragen. Wie in der Hansestadt sollen Kitas und Schulen in Schwerin nach Möglichkeit mit einem Geldbetrag ausgestattet werden, den diese direkt an Kinder aus bedürftigen Familien weitergeben können. Dafür müssen die Eltern in Lübeck lediglich einen einseitigen Antrag ausfüllen. Die finanzielle Hilfe fließt sofort. „Wir reden hier über keine großen Summen“, sagt Lindenau. „Es geht um etwa 600 Euro pro Kind und Jahr.“

Doch es ist unklar, ob das stiftungsfinanzierte Modell aus Lübeck auf ein vom Bund finanziertes in Schwerin so einfach übertragbar ist. In der Landes-



Manuela Schwesig Sozialministerin MV

„Wir wollen die Kinder in Kitas und Schulen abholen. Dafür steht uns das Lübecker Modell Pate.“



Dieter Niesen Schwerins Sozialdezernent

„Ein schlankes Verwaltungsverfahren und direkte Hilfe fürs Kind – das ist unser Ziel.“

hauptstadt fehlen die Mechanismen, die Lübeck in den vergangenen zwei Jahren geschaffen hat.

Die erste Frage: Wer übernimmt die Verwaltungskosten? Niesen will bereits existierende Strukturen nutzen. „Wir suchen nach einer schlanken Lösung“, sagt er. Nach dem Lübecker Modell trifft diese Erzieher und Lehrer. Doch in Schwerin arbeiten diese in vielen Einrichtungen bereits an der Belastungsgrenze. „Unser Sekretariat wäre mit dem Ausfüllen und Prüfen der einzelnen Anträge überfordert“, sagt Peter Metzler, Leiter der Astrid-Lindgren-Schule in Neu Zippendorf. Laut Metzler stammen etwa 62 Prozent der 560 Jugendlichen seiner Schule aus Hartz-IV-Familien. „Und wir haben noch das Glück, eine fast auf Vollzeit arbeitende Sekretärin zu haben“, sagt der Schulleiter. In anderen Schulen ist die Situation ähnlich.

Die zweite Frage: Wer kontrolliert, ob alles rechtens läuft? In Lübeck dokumentieren Lehrer und Erzieher, wel-

ches Kind welche Leistungen in Anspruch genommen hat. Bislang wurde das jährlich mit der Stadt abgerechnet und verglichen. Wenn das Geld aus Berlin fließt, sollen Eltern alle sechs Monate eine detaillierte Aufstellung nach Hause bekommen. Das stiftungsfinanzierte System beruht laut Lindenau auch auf gegenseitigem Vertrauen. „Wir wollen ja etwas fürs Kind tun, ohne doppelten Stempel und drei versiegelte Umschläge zu benötigen“, sagte er.

Ursprünglich hatte der Bund geplant, die Jobcenter mit der Vergabe der Fördermittel zu betrauen. „Eine umständliche Lösung“, sagt Sozialministerin Schwesig. Die Eltern müssten ihre Anträge dort abgeben und warten, bis das Geld genehmigt werden würde. „Außerdem erreichen wir in den Jobcentern erfahrungsgemäß nicht alle Eltern und ihre Kinder“, so die Ministerin. In Schwerin werden die Anträge zunächst voraussichtlich im Stadthaus ausliegen. Laut Niesen ist die Landeshauptstadt vorbereitet, das Personal geschult.

Juliane Haendschke

DAS LÜBECKER STIFTUNGSMODELL

Die Hansestadt, Schleswig-Holstein und ein Verbund aus sieben Stiftungen unterstützen seit zwei Jahren Kinder aus einkommensschwachen Familien in Lübeck. Der Bildungsfonds ist mit etwa zwei Millionen Euro pro Jahr ausgestattet und mehr als 3000 Kinder nehmen das Angebot derzeit in Anspruch – Tendenz steigend. Das Verfahren ist unbürokratisch: Eltern füllen einen einseitigen Antrag aus. Das Fördergeld wird direkt von Schule oder Kita freigegeben. Die Einrichtungen verfügen über ein eigenes Budget, das sie vom Bildungsfonds erhalten. Die Abrechnung erfolgt einmal jährlich direkt mit der Stadt.